

TÜRKEN AUF DER FLUCHT

Eine Heimat, die keine mehr ist

Die Gesellschaft in der Türkei ist nach dem Putschversuch tief gespalten. Viele Menschen haben Angst um ihr Leben. Sie fürchten sich vor Erdogan und seinen Gefolgsleuten. Manche sehen nur noch einen Ausweg: die Flucht. Wir haben mit Türken gesprochen, die auf gepackten Koffern sitzen.

VON NINA PROBST

München/Izmir – Elif, 44, Mutter von Zwillingen, sieht sich im Internet jeden Tag die Jobanzeigen in Deutschland an. Seit zehn Jahren lebt sie mit ihrem Mann und den zweisprachig erzogenen Kindern in Izmir an der Ägäisküste. Doch jetzt wollen sie gemeinsam die Türkei verlassen. Die weltoffene Frau – Elif hat in Deutschland und England Betriebswirtschaft studiert – teilt die Ansichten des islamisch-konservativen und autokratischen

„Dorthin, wo sie ihre türkischen Flaggen schwingen, gehe ich nicht.“

ELIF, 44, AUS IZMIR

Präsidenten Recep Erdogan nicht. Jetzt hat sie Angst um die Zukunft ihrer Familie.

In Wahrheit heißt sie nicht Elif. Aber ihr Name soll nicht in der Zeitung stehen. Zu groß ist seit dem missglückten Militärputsch ihre Angst, bei Erdogan und seinen Gefolgsleuten in Missgunst zu fallen. Schnell könnten Türken mit Ausreisepässen als „pro Gülen“ und damit „contra Erdogan“ gelten. Der Präsident macht seinen Kontrahenten Fethullah Gülen für den Putsch verantwortlich. Tausende Türken, darunter Staatsanwälte und Lehrer, wurden seither entlassen. Viele andere sehen ihre Existenz bedroht. Der Türkei droht eine massive Ausreisewelle. Ziel für viele: Deutschland.

Für Elif sind die achtjährigen Zwillinge der Hauptgrund, die Heimat zu verlassen. „Ich will, dass meine Kinder in einem stabilen Land aufwachsen“, erzählt sie am Telefon. Ihre Muttersprache ist Deutsch. Vor zehn Jahren zog Elif von Deutschland in die Türkei, der Liebe wegen. Ihr Mann arbeitet dort als Zahnarzt.

Nach Deutschland möchte Elif zurück. Dorthin, wo sie aufgewachsen ist. Am liebsten nach München. Sie bereitet ihre Ausreise akribisch vor. Erst wenn ein konkreter Plan samt Wohnung und Arbeitsplatz steht, wird sie das Land verlassen. „Vier bis sechs Monate wird das schon dauern“, sagt sie. Bis dahin hält sie die Füße still und schweigt. „Denn wir wissen nicht, wie es hier weitergeht.“ Die zweifache Mutter bezeichnet sich selbst als Erdo-



Ein Land, das Erdogan huldigt. Viele wollen es hinter sich lassen. Das Foto entstand bei der Eyüp-Sultan-Moschee in Istanbul.

gan-misstrauisch. Seine Religiosität stößt bei ihr auf Unverständnis. „Ich sage meine politische Meinung nicht mehr öffentlich“, erklärt sie. Besonders vor Fremden nicht. Zugestanden ist ihr und ihrer Familie bisher nichts. Trotzdem meidet sie öffentliche Plätze. „Dorthin, wo sie ihre türkischen Flaggen schwingen, gehe ich nicht.“

Ihr genügt, was sie von Freunden und Nachbarn erzählt bekommt. Kriminelle haben sich Zutritt zur Wohnung eines Nachbarn verschafft. Sie hatten sich als Spezialbeamte ausgegeben. Das ist in einem kleinen Ort am Meer passiert, wo sie Elif mit ihren Kindern oft das Wochenende in einem Ferienhaus verbringt. So etwas hatte es zuvor in der abgelegenen Ortschaft noch nie gegeben. Was die Männer wollten und ob es Zufall war, dass sie gerade jetzt gekommen sind? Elif weiß es nicht. Aber sie fühlt sich nicht mehr sicher.

Die politische Situation ist derzeit das einzige Gesprächsthema in ihrer Familie. „Einige

gehen von einem Bürgerkrieg aus.“ Das ist ihr zu pessimistisch. Sie selbst geht abends noch weg, trifft sich mit Freunden. Nicht alle leben noch so wie sie. „Ich kenne auch Leute, die gehen nicht mehr aus dem Haus. Die warten lieber ab, was noch passiert.“

Wie es weitergeht, kann derzeit niemand sagen. Elif beschreibt den schlimmsten Fall, der eintreten könnte – „dass wir in Zuständen wie im Iran leben müssen“. Die weltgewandte Frau will nicht gezwungen sein, mit einem Kopftuch herumlaufen zu müssen. „Ich war nie religiös, ich will dieses Leben nicht.“

Aber einfach ausreisen – geht das? Die 44-Jährige glaubt, dass sie nichts zu befürchten hat. Sie hat einen türkischen und einen deutschen Pass. Auch ihr Mann sollte nach derzeitigem Stand keine Probleme bekommen.

Aber das kann sich ändern. Vural Ünlü, 44, ist Medienmanager und Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Bay-

ern. Der Münchner sagt: „Im Visier stehen derzeit hauptsächlich Gülenisten.“ Trotzdem besteht die Sorge, auch bei Vural Ünlü: „Welche Personen könnten als nächste auf der staatlichen Reinigungsliste stehen?“ Von Verwandten und Bekannten in der Türkei weiß er: „Auch Unschuldige fürch-

„Ja, manchmal muss ich auch lügen, um in Sicherheit zu leben.“

YUSUF, 45, AUS ISTANBUL

ten, ihren Job oder die Freiheit zu verlieren.“

Von Deutschland aus erlebt er das Geschehen in der Türkei. „Die konservative Mehrheit befindet sich nach dem missglückten Putsch in einem nationalen Rauschzustand, der Tag und Nacht auf den Straßen zelebriert und von der Regierung angefeuert wird.“ Auf der anderen Seite stehen Menschen, die wie Elif denken.

Wer kommt als nächstes auf die staatliche Reinigungsliste? Das fragt sich Vural Ünlü (links). Er ist Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Bayern und hat Verwandtschaft in der Türkei, die sich gerade große Sorgen macht.

Ozan Iyibas (rechts) ist ein oberbayerischer CSU-Politiker mit türkischen Wurzeln. Auch er hat viele Verwandte in der Türkei. Er sagt: „Sie vertrauen ihren engsten Freunden nicht mehr.“

FOTOS: PRIVAT (2), OZAN KOSE/AFP



zu Tag schwindet“, erzählt er. Immer wieder gibt es neue Meldungen über Verhaftungen von Journalisten, von Arbeitskollegen von Yusuf.

Ein Journalist mit liberalen, westlichen Ansichten, das macht es ihm schwierig, in der Erdogan-Türkei frei zu leben, seine Meinung kundzutun. „Ich muss anders schreiben und aufpassen, was ich in der Öffentlichkeit von mir gebe“, sagt er. „Ja, manchmal muss ich auch lügen, um in Sicherheit zu leben.“ An einen Tag ist er wütend über das, was in der Türkei passiert. Am anderen sprachlos. „Das ist eigentlich mein Land. Mein Land, in dem ich geboren bin, mein Land, das ich liebe“, erzählt er. „Ich liebe die Türkei in meiner Erinnerung, ich kann mich allerdings nicht mit der Erdogan-Türkei identifizieren.“

Ausreise? Er denkt darüber nach. „Das kann keine Option sein“, sagt er. Muss es aber vielleicht. „Wenn es nicht anders geht, werden wir Wege finden, die alte, geliebte Heimat zu verlassen.“ Yusuf fürchtet, dass bald alle Andersdenkenden die Türkei verlassen. „Dann ist der Weg frei für eine Erdogan-Türkei, die gefährlich und unberechenbar ist und vor allem nichts mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu tun hat.“ Er nennt das, was er fürchtet, eine Glaubensdiktatur.

Jeden Tag überschlagen sich die Meldungen von Verhaftungen in der Türkei. Nicht nur Journalisten leben gefährlich. Der CSU-Politiker Ozan Iyibas, der im Gemeinderat in Neufahrn sitzt und 2014 für das Europaparlament kandidiert hat, kennt viele in der Türkei. Ein Teil seiner Familie lebt dort und einige Freunde. „Die Angst geht um“, sagt er. „Die Leute haben Existenzängste.“

Ozan Iyibas Eltern sind 1975 als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Er wuchs mit seinen Geschwistern in Neufahrn auf. Die Familie hat alevitische Wurzeln. „Sie haben Angst, dass nun alles Erdenkliche eingeschränkt wird.“ Schon jetzt, durch den Ausnahmezustand, können viele Türken nicht mehr frei leben. Er fürchtet, dass viele Menschen, die anders denken als der Präsident, sich bald über die Fluchtwege auf den Weg nach Deutschland machen. Für diejenigen, die hier Verwandtschaft haben, gibt es eine andere Möglichkeit. Ozan Iyibas sagt: „Für drei Monate kann man jemanden aus seiner Familie zu sich holen und dafür einen Antrag bei den Behörden einreichen.“

Noch befindet sich die Familie des Freisingers in der Türkei. „Es ist nicht so, dass sie sich zuhause verbarrikadieren“, sagt Iyibas. Aber sie überlegen sich, was sie machen und sagen: „Sie vertrauen ihren engsten Freunden nicht mehr.“ Sie wurden fremd in der eigenen Heimat – und das über Nacht.

5 FRAGEN AN



Hansjörg Brey

„Dialog suchen, so gut es geht“

Über die Drohungen der Erdogan-Regierung an die EU und Deutschland, die Flüchtlingsproblematik und die Lage in der Türkei sprachen wir mit Hansjörg Brey, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft in München.

Die Türkei droht mit der Aufkündigung des Flüchtlingspaktes. Ist das – nachdem die Balkanroute dicht ist – noch ein Trumpf?

Die Drohung der Türkei ist in erster Linie ein Signal nach innen. Damit will die Regierung sagen, dass sie stark genug ist, um dem Druck der EU zu widerstehen. Die Verhandlungen, um eine Visa-Liberalisierung zu erreichen, brauchen Zeit. Das ist wie geplant bis Oktober kaum möglich. Man wird die Verhandlungen aber nicht abbrechen. Die EU wird der Türkei wohl ein wenig entgegenkommen, kann aber auf keinen Fall auf Grundforderungen wie der Entschärfung der Antiterrorgesetze verzichten. Die Türkei wird andererseits ihre Drohung kaum wahr machen. Auch für sie steht viel auf dem Spiel, nicht nur mit Blick auf den Flüchtlingspakt. Die Türkei ist von der EU wirtschaftlich abhängig.

Sie befürchten also derzeit keine neue Flüchtlingswelle, obwohl Griechenland und Bulgarien die Zusammenarbeit an den Grenzen verstärken?

Nein, zumal Bulgarien kein Interesse daran hat, Teil einer neuen Balkanroute zu werden und mehr Flüchtlinge durch das eigene Land zu lassen.

Ist die Türkei unter Präsident Erdogan denn überhaupt noch ein verlässlicher Partner?

Da muss man im Moment große Fragezeichen setzen. Man muss genau analysieren, welche Schritte sich die Türkei noch leisten kann, ohne die Beitrittsverhandlungen grundsätzlich infrage zu stellen. Bedenken muss man dabei, dass auch die EU die Türkei aufgrund ihrer welt- und geopolitischen Lage braucht. Man muss deshalb den Dialog suchen, so gut es eben geht. Und: Die Türkei ist nicht nur Erdogan!

Immer mehr Intellektuelle verlassen die Türkei. Ist das Land auf dem Weg in eine Diktatur?

Es ist zu früh, um das definitiv sagen zu können. Die Zeichen sind aber extrem besorgniserregend. Wir können nur hoffen, dass am Ende die Vernunft obsiegt.

Was erwarten Sie von Deutschland und der EU?

Dass man eine klare Position ergreift, auf der Beachtung von roten Linien besteht, zugleich aber die Verbindungen zu Ankara nicht vor-schnell gekappt werden.

Interview: Werner Menner

Erdogan poltert, Griechenland befürchtet neues Chaos

Ankara/Athen – Es sind mal wieder sehr schroffe bis schrille Töne vom türkischen Präsidenten. In einer Fernsehansprache hat Recep Tayyip Erdogan dem Westen Unterstützung von „Terror“ und Putschisten vorgeworfen. Er richtete auch Vorwürfe gegen die deutsche Justiz, die Europäische Union und die USA.

In seiner Ansprache sagte Erdogan: „Leider unterstützt der Westen den Terror und steht an der Seite der Putschisten.“ Er attackierte auch die deutsche Justiz, die ihm untersagt hatte, sich während der Kölner Großdemonstration am Sonntag per Videobotschaft an seine Anhänger zu

richten. Anführern der von Ankara als Terrororganisation eingestuft Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sei dies hingegen kürzlich erlaubt worden. Das türkische Außenministerium hatte am Montag erklärt, dem deutschen Geschäftsträger in Ankara sei „mit Nachdruck die Enttäuschung“ über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts übermittelt worden, dem „vom Volk gewählten Präsidenten“ eine Video-Zuschaltung nach Köln zu verbieten.

Zu der von Ankara ins Spiel gebrachten Aufkündigung des Flüchtlingspaktes mit der EU sagte Erdogan, Euro-

pa habe seine Versprechen noch nicht erfüllt. Die EU-Zuschüsse flössen nicht in den Haushalt der Türkei, sondern kämen den Flüchtlingen zugute. In der Visafrage tue sich unterdessen nichts. Ankara verlangt, dass Türken bis spätestens Oktober ohne Visum in die EU-Staaten einreisen dürfen. Ansonsten will die Türkei den Mitte März geschlossenen Flüchtlingsdeal nicht mehr anerkennen.

Was dann passiert, ist offen. Vor allem in Griechenland bereitet das Regierende erhebliche Sorgen. Bisher schweigend, aber mit Unbehagen beobachtet Athen die Auseinandersetzungen zwi-

schon Ankara und Berlin. Sollte der Pakt aufgekündigt werden, droht dem ohnehin gebeutelten Griechenland das komplette Chaos.

Die Grenze von Griechenland nach Mazedonien und damit die Balkanroute nach Mittel- und Nordeuropa ist seit dem Frühjahr dicht. Eine neue Migrationswelle aus der Türkei könnte die Zahl der Flüchtlinge über Nacht schlagartig erhöhen. Für Griechenland ein Schreckensszenario: mehrere hunderttausend Migranten in einem Land, das bereits jetzt um die Unterbringung und Versorgung der Menschen ringt. Die bisherige Zahl von

rund 60 000 sei gut zu bewältigen, versicherte der Migrationsminister Ioannis Mouzalas zuletzt immer wieder. Dennoch kommt es regelmäßig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen. Migranten beklagen die schlechten Zustände in den Auffangslagern.

Die von der Türkei angeordnete Aufkündigung des Flüchtlingspaktes stößt hierzulande auf deutliche Kritik. „Es bringt jetzt nichts, sich gegenseitig Ultimaten zu stellen und zu drohen“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) der „Rheinischen Post“. Der deutsche EU-Kommissar

Günther Oettinger stellte klar: Die in dem Abkommen zugesagte Visafreiheit „gibt es nur nach Erfüllung unserer Vorgaben“. Für die Türken werde es bei der Aufhebung der Visumpflicht bei Reisen in die EU „keinen Rabatt geben“, fügte Oettinger hinzu.

Außenminister Steinmeier wies Forderungen nach einem Plan B der EU für den Fall eines Scheiterns des Flüchtlingspaktes zurück. In der Regierungskoalition wird genau darüber aber bereits nachgedacht. Sein Vorschlag sei, die Binnengrenzen zu schließen, sagte der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). afp/dpa